



Stettiner

Beitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, den 2. Januar 1879.

Nr. 2.

Deutschland.

Berlin, 1. Januar. Ein Artikel der „Tribüne“ über das Schreiben des Reichskanzlers an den Bundesrath, der auch in andere Blätter übergegangen, behauptet, zur Zeit, wo Delbrück als Präsident des Reichskanzlers den Reichskanzler im Bundesrath vertreten habe, sei es nicht möglich, daß legislativische Vorschläge an den Bundesrath gebracht werden, sondern der Bundesrath selber habe die für den Reichstag bestimmten Vorlagen zu beschließen. Es ist wirklich schwer, sich zu denken, was der Verfasser des Artikels sich bei diesen Worten gedacht haben könnte. In Artikel 7 der Reichsverfassung wird bestimmt: Jedes Bundesglied ist befugt, Vorschläge zu machen und in Vortrag zu bringen, und das Präsidium ist verpflichtet, dieselben der Beratung zu übergeben. Es ist es auch gehalten worden, so lange die Verfassung des Norddeutschen Bundes bestanden hat, und so lange die Reichsverfassung besteht. Wenn nun aber jetzt A. Delbrück sagt, der Bundesrath selbst habe die Vorlagen für den Reichstag zu beschließen, so kann sich dies doch nur in einem Kollegium nur auf den Einheitsbeschluss beziehen, nicht aber auf den ganzen Beschlusstag. Wenn der Bundesrath agiren soll nicht auf Antrag einer Bundesregierung, sondern aus eigener Initiative, so kann der Anstoß zu dieser Initiative nur vom Reichskanzler ausgehen, denn auf Grund des Artikels 15 der Reichsverfassung steht der Vorsitz im Bundesrath und die Leitung der Geschäfte dem Reichskanzler zu.

Der Minister des Innern hat an den Oberpräsidenten von Bayern verfaßt, daß das von dem Polizeipräsidenten in Stettin erlassene Verbot der Aufführung des Stückes von Augier „Die Fourchambaults“ nicht aufrecht zu erhalten sei. Der Minister begründet diese Entscheidung folgendermaßen: So sehr es zu billigen sei, daß bei der Prüfung der Zulässigkeit dramatischer Aufführungen ernst stichtliche Gesichtspunkte zur Geltung gelangen und so sehr ein Theil der neueren französischen Dramen, indem sie das unästhetische Treiben gewisser Gesellschaftskreise mit freivollem Behagen zur Darstellung bringen, eine sorgfältige Beobachtung und Prüfung in Anspruch nehmen, so sei doch nicht anzuerkennen, daß das in Rede stehende Drama von Augier in jener Beziehung zu erheblichen Bedenken Anlass gebe. Wenn auch die Voraussetzungen des Stückes auf ein früheres unästhetisches Verhalten zurückzuführen, so sei doch die Handlung und der Inhalt des Dramas selbst nach der bestimmten und scharf ausgeprägten Tendenz ein entschiedener und durchweg ernst gehaltener Protest gegen die Trivität der erwähnten Auffassungen, so daß dem Stück ein moralischer Werth gegenüber den Vertreibungen der französischen Dramatik der letzten Jahrzehnte nicht abzuspreehen sei. In solchem Sinne ist das Drama auch von der ersten Kritik in Frankreich und in Deutschland aufgefaßt worden. Das Verbot des Stückes, welches in der Hauptstadt seit längerer Zeit ohne irgend ein an die Öffentlichkeit getriebenes Bedenken aufgeführt worden, müsse daher als ein Fehlgriff erscheinen.

Berlin, 31. Dezember. Der Papst hat zum Weihnachtsfest am 24. Dezember an den vormaligen Erzbischof Melchers ein Schreiben gerichtet, das der „Eservatore Romano“ veröffentlicht. Das Schreiben hat, nach telegraphischer Mittheilung aus Rom von Montag Nacht, folgenden Inhalt: Der Papst dankt zunächst dem Erzbischof für die ihm dargebrachten Glückwünsche und weist auf die einträchtigen Gesinnungen hin, welche unter allen katholischen Bischöfen herrschen. Auf Grund dieser Gesinnungen hat die Bestimmung und der Aktion dürfte er hoffen, daß die Dinge in erwünschter Weise sich entwickeln würden und daß alsdann nicht nur die Kirche, sondern auch die bürgerliche Gesellschaft sehr kostbare Früchte davon ernten werde. Die Uebel, von denen die Gesellschaft bedroht sei, gingen besonders hervor aus den Beeinträchtigungen, welche die Kirche erfahren habe. In dieser Ueberzeugung haben wir seit Beginn unseres Pontifikats gesucht, die guten Beziehungen zwischen den Fürsten und Völkern einerseits und der Kirche andererseits wiederherzustellen. Besonders aber haben wir unseren Geist der edlen deutschen Nation sofort zugewendet, damit nach Beilegung der religiösen Zwistigkeiten dieselbe wieder die Wohlthaten eines dauerhaften Friedens erlangen konnte. Von unserer Seite haben wir alles Mögliche gethan, um diesen Friede zu erreichen, aber Gott allein weiß, ob das beagnante Werk ein glückliches Ergebnis haben wird. In jedem Falle werden wir mit demselben Eifer in unserer schwierigen Mission bis an das Ende unseres Lebens anhalten. Die soziale, politische und religiöse Ordnung ist durch die süßesten Lehren und ausweichendsten Reden Gefährdungen verlornter Menschen überall so bedroht, daß wir die Pflichten unseres apostolischen Amtes zu verabsäumen glauben würden, wenn wir unterließen, der zum Tode Schwachen Geistlichkeit die wirksamen Mittel zu reichen, welche die Kirche besitzt, um die Gesellschaft zu heilen. So werden wir für die deutsche Nation fortfahren zu wirken in Mitten der Hindernisse aller Art, denn unsere Seele wird niemals Ruhe finden, so lange der kirchliche Friede in Deutschland nicht wiederhergestellt ist. Damit unser Streben einen schnellen Erfolg erziele, wenden wir uns an den deutschen Episcopat, damit er sich bemühe, die Gläubigen den Lehren der Kirche immer zugänglicher zu machen. So werden die Gläubigen, Dank ihrer Haltung und Dank ihrer vollen Unterwerfung unter die Gesetze, welche nicht im Widerspruche mit dem Glauben und den Pflichten gegen die katholische Kirche stehen, sich würdig zeigen, die Wohlthaten des Friedens wieder zu erlangen und lange zu genießen. Wir sehen zu Gott, daß er seinen Stellvertreter auf Erden und die Bischöfe erleuchte und daß er, der die Herzen der Könige in seiner Hand hat, dem edlen und mächtigen deutschen Kaiser und seinen Rathgebern wohlwollende Gesinnungen einflöße. Der Papst fordert am Schluß seines Briefes die deutschen Bischöfe auf, die Gläubigen zum gemeinsamen Gebete um Gottes gnädigen Beistand zu ermahnen und ertheilt den deutschen Bischöfen und den Gläubigen ihrer Diözesen seinen Segen. Schon die bis jetzt bekannt gewordenen Weihnachts-Ansprachen des Papstes hatten in den Kreisen der ultramontanen Unversöhnlichen durch das Fehlen aller politischen Beziehungen ein ganz besonderes Aufsehen gemacht. Die Veröffentlichung des päpstlichen Schreibens an Herrn Melchers ist jedenfalls ein Ereigniß in den Beziehungen zwischen dem Staate und der Kirche, so sehr ein Ereigniß, daß die Mehrzahl der deutschen Katholiken, wenn sie dies päpstliche Schreiben hört oder liest, sich erst mit Staunen fragen wird, ob es wirklich der Papst sei, der so zu der katholischen Bevölkerung Deutschlands spricht: „Unsere Seele wird niemals Ruhe finden, so lange der kirchliche Friede in Deutschland nicht hergestellt ist.“ — wie wird Herr von Schorlemer zu diesen Worten des Papstes sagen, dessen Angeficht wie er sich jüngst laut rühmte, mit kaltem „Lächeln“ auf den Kulturkampf blickt? Was werden die Millionen sagen, denen gegenüber bis jetzt kein Mittel ergreift worden ist, um ihnen nicht dieses oder jenes Gesetz, sondern alle Einrichtungen des Staates gebührend und verächtlich zu machen. Dieser schneidende Gegensatz zwischen der Haltung der deutschen ultramontanen Führer, deren „Unterwerfung unter die Gesetze“ in der Patronage über alle Feinde des Staates bestand — und dem päpstlichen Schreiben muß in der That auf unvorbereitete Gemüther verflüssend wirken. Ueber den Ausgang der schwebenden Verhandlungen spricht der Papst allerdings mit außerordentlicher Reserve — aber daß der bis angefeh-

gene Ton schon ein Schritt auf dem Weg des Friedens selber ist — wer könnte das verkennen? Der Verein zur Förderung der Handelsfreiheit hat durch seinen Vorsitzenden, den Reichstags-Abgeordneten Dr. Bamberger, dem Bundesrathe eine Eingabe in Sachen der Zolltarifrevision überreicht. Das Schriftstück untersucht die von dem Reichskanzler in dem Antrage vom 12. November wegen Einsetzung einer Kommission zur Revision des Zolltarifs aufgeworfenen Fragen und entwickelt diejenigen leitenden Grundsätze, welche in Bezug auf die Zollpolitik nach der Ueberzeugung des Vereins allein als richtig anzuerkennen sind. Eine Beleuchtung des Schreibens des Reichskanzlers vom 15. Dezember behält sich der Centralausschuß des Vereins vor. Schon jetzt heißt es aber in Bezug auf die in diesem Schreiben in Vorschlag gebrachten Grundlagen der künftigen deutschen Handelspolitik: „Diese Grundlagen, deren Ausbildung Deutschland zu dem System des sog. geschlossenen Handelsstaats führen würde, sind das Gegenstück derjenigen, welche vor 70 Jahren als das Programm Preußens verfaßt und seit 60 Jahren für die deutsche Handelspolitik leitend gewesen sind.“

Im Wintersemester 1878/79 studiren Mediziner in Berlin 433, Greifswald 223, Breslau 183, Freiburg 146, Straßburg 138, Tübingen 137, Königsberg 129, Bonn 122, Halle 120, Marburg 120, Heidelberg 93, Jena 91 und Rostock 36. Wiederholt hat die Abnahme der Auswanderung aus dem deutschen Reiche nach den überseehenden Ländern in den letzten Jahren konstatairt werden können. Die Zahl der Auswanderer ist eine Zunahme derselben kaum zu erwarten und an Warnungen in dieser Beziehung fehlt es nicht. Beachtenswerth ist eine Aeußerung, welche sich in einem Handelsbericht aus Baltimore findet. Leute, heißt es dort, die hinreichend mit Mitteln versehen sind, um sich im Innern des Landes niederzulassen, mögen kommen; aber Personen, namentlich mit Familie, welche beabsichtigen, in der Stadt ihr Auskommen als Tagelöhner u. s. w. zu suchen, sollten ja dabei bleiben, da der Arbeiter in allen großen Städten viel zu viele sind und gar keine Aussicht, sich zu ernähren, für neu Zugehende vorhanden ist.

Darmstadt, 31. Dezember. Das Ministerium des Innern, Antheilung für öffentliche Gesundheitspflege, hat einen Erlass veröffentlicht, in welchem die Behörden und das Publikum auf die Gefahr der Ausbreitung der Diphtheritis und des Scharlachfiebers behufs möglicher Verhütung derselben aufmerksam gemacht werden. Mit Rücksicht darauf, daß insbesondere die Schule sehr häufig Gelegenheit zur Weiterverbreitung jener Krankheiten giebt, ist von Seiten der Ministerial-Abtheilung für Schul-Angelegenheiten deshalb unterm 13. Dezember durch Ausschreiben an die großherzoglichen Direktionen der Gymnasien, der Realschulen, der Schullehrerseminarien und Taubstummen-Anstalten, die Kuratoren der höheren Mädchenschulen und die Kreis-Schulkommissarien Verfügung dahin ergangen, daß, sobald ein Schüler oder eine Schülerin von Diphtheritis oder Scharlach befallen wird, dem Schulvorstande hiervon sofort Anzeige gemacht, und weiter aus Familien, in welchen eine der genannten Krankheiten auftritt, die Kinder von Schulschulbesuchen fern gehalten werden; ferner ist von jedem solchen Erkrankungsfalle dem zuständigen Kreis-Gesundheits-Amt Mittheilung zu machen, damit in Erwägung gezogen werden kann, ob und welche weiteren Maßnahmen, wie z. B. Schließung der Schule, zu ergreifen sein möchten, um der Weiterverbreitung vorzubeugen.

Ueber 20 Geldwechsler sind verhaftet worden, die anderen schloffen in Folge dessen ihre Läden. Viele Beamtenfamilien darben. Fälle von Hungertod sind zahlreich. Die Weiber von vielen Hunderten von Beamten versammelten sich vor dem Palais des Groß-Beziers und stießen fürchterliche Drohungen und Schmähungen aus. Noch entsehrlicher herrscht der Nothstand in den untersten Schichten der Bevölkerung. Die Lastträger, ein in Pöbel von Konstantinopel sehr stark hervortretendes Element, drohen die Bäckereien zu stürmen, um Hilfe zu schaffen. Pest, 29. Dezember. Die Annäherung der Cechen an die Verfassungspartei, die — wie „Bokrot“ meint — durch eine gemeinsame Opposition gegen den Grafen Andrássy und gegen die „magyarische Hegemonie“ zu einer Verjöhnung der Deutschen und Slaven in Oesterreich führen soll, wird hier als ein „Schreckenberger“ betrachtet, und es wird derselben keine allzu große Bedeutung beigemessen. Die Ungarn sagen, daß sie die sogenannte „magyarische Hegemonie“ nirgends finden, weder in der Armee, noch in der auswärtigen Politik, noch in der Handelspolitik. Die Ungarn, und zwar ohne Partei-Unterschied, wären gerne bereit, die „magyarische Hegemonie“ mit der „Personal-Union“ zu vertauschen. Um diesen Preis würden sie sogar geneigt sein, die Kroaten mit ihrem Defizit von 5 Millionen, die Ungarn zu decken hat, den verbündeten Deutsch-Oesterreichern und Cechen zu überlassen, um so mehr, da dieses Defizit noch erhöht werden dürfte, wenn es den Kroaten gelingt, ihr Uebereinkommen mit den bosnischen Bezugs zur Ausführung zu bringen.

Das Programm, welches zwischen der bosnischen Deputation und den kroatischen Führern in Agram vereinbart wurde, lautet im Wesentlichen folgendermaßen: 1) Einverleibung Bosniens und der Herzegovina in die österreichisch-ungarische Monarchie. 2) Entschiedenem Auftreten gegen die Serbification, Magyarisation oder Germanisation Bosniens und der Herzegovina und entschiedenes Verlangen nach einer ähnlichen politischen Stellung, wie sie dermalen Kroatien besitzt, jedoch mit der Bedingung, daß aus Kroatien, Slavonien, Dalmatien, Bosnien und der Herzegovina eine Staatsgruppe mit einem General-Landtag in Agram gebildet werde.

Die anwesenden Franziskaner und Bezugs versprochen, für diese Programm-Punkte alle maßgebenden Persönlichkeiten in ihrer Heimath zu gewinnen.

Stettin, 2. Januar. Selten ist wohl eine Neujahrnacht ruhiger verlaufen als die diesjährige, selbst um Mitternacht herrschte die größte Stille, nur vereinzelte Rufe ertönten und fanden auch nicht mehr Verhaftungen statt als an gewöhnlichen Wochentagen, nur Einige, welche dem Sylvesterspunsch etwas zu viel zugesprochen, konnten das eigene Heim nicht finden und mußten von den Sicherheitsbeamten in die gastlichen Räume der Kustodie gebracht werden. Von Seiten der Polizeibehörde war in anerkannter Weise für Aufrechterhaltung der Ordnung gesorgt, zahlreiche Patrouillen, durch Militär verstärkt, durchzogen die Straßen, ohne glücklicher Weise irgendwo in Thätigkeit zu kommen.

Die auskömmliche Versorgung der Lehrerwitwen wie der alten ausgedienten Lehrer bildet dauernd den Gegenstand sorgfältiger Beachtung der Staatsregierung. Der Kultusminister hat in dieser Beziehung kürzlich bereits dem Abgeordnetenhause Erklärungen gegeben. Nichtsdestoweniger dürfte das Abgeordnetenhause Gelegenheit haben, noch einmal auf diese wichtige Frage zurückzukommen und zwar aus Anlaß der zahlreichen Petitionen, mit denen die Unterrichts-Kommission sich zu beschäftigen hatte. So sollen diese Petitionen der Regierung zur Erwägung überwiesen werden. Die „Nat.-Z.“ hört denn auch, daß die Regierung schon bei den bezüglichen Beratungen über weitere von ihr im Sinne der Petitionen vorzunehmende Schritte Erklärungen geben wird.

Die Danner Chauffee scheint von den Epigebenen seit einiger Zeit wieder zum Schauplatz ihrer Thätigkeit gewählt zu werden. Heute werden uns wieder zwei Fälle gemeldet, daß es den dort lauernden Strolchen gelungen ist, Diebstähle auszuführen. Am Morgen des 27. Dezember wurde von

Ausland.

Wien, 31. Dezember. Die Afregung in Konstantinopel ist im Wachsen; alle Kreise der Bevölkerung sind von der Bewegung erfaßt. Die von allen Seiten bedrohte Regierung läßt jede Nacht zahlreiche Verhaftungen in den besten Gesellschaftskreisen vornehmen. Die Furcht vor einem von der Pforte ausgehenden Gewaltakte ist so groß, daß selbst angegebene türkische Civil- und Militär-Beiträger sich theils auf die fremden in Bosphorus liegenden Schiffe, theils in die Hotels der Gesandtschaften flüchten. Andererseits ist die Noth in allen Schichten der Bevölkerung, namentlich aber in den Beamtenkreisen, auf die höchste Stufe gestiegen, da die Geldwechsler selbst zum Kurse von 420 Piaster die Kaimes (Papiergeld) nicht annehmen wollen.

